Schließlich liegen auch die Voraussetzungen für eine Befreiung von dem Verbot nach § 2 LSchVO gemäß § 5 LSchVO i. V. m. Art. 56 BayNatSchG und § 67 BNatSchG nicht vor. Nach § 67 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG kann von den Geboten und Verboten nach dem Naturschutzrecht der Länder, wozu auch die aufgrund Landesrechts erlassenen Landschaftsschutzverordnungen gehören, auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist. Voraussetzung für eine derartige Befreiung ist grundsätzlich das Vorliegen eines vom Normgeber so nicht gesehenen und daher atypischen Sonderfalls (Gellermann in: Landmann/Rohmer, Umweltrecht, § 67 BNatSchG, Rdnr. 10 m. w. N.). Bereits daran fehlt es hier. Der Normgeber, hier also die Stadt Erlangen hat in § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 LSchVO explizit die Erhaltung der heimischen Tier- und Pflanzenwelt sowie von deren Lebensgemeinschaften und Lebensräumen zum Schutzzweck erhoben. Das Verbot der Veränderung eines solchen Biotopes und die Anordnung der Wiederherstellung desselben ist daher gerade die typische und keine atypische Folge des Verbotes in § 2 LSchVO. Ob hier eine unzumutbare Belastung des Klägers aufgrund des Verbotes besteht, ist, da es sich dabei um eine kumulativ notwendige Voraussetzung handelt, nicht mehr relevant und kann daher offenbleiben. Ebenso irrelevant ist der Einwand des Klägers, dass die Umwandlung zu keiner Veränderung der örtlichen Gegeben-

heiten geführt habe, da um das Grundstück herum Wiesen und Äcker und sogar eine Koppel vorhanden seien, die Umwandlung sich daher in das Gesamtbild einpasse. Denn mit dieser Argumentation bezieht sich der Kläger allein auf die (hier von der Beklagten gar nicht angeführte) Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, lässt jedoch die gerade von der Beklagten herangezogene Beeinträchtigung des Naturhaushalts vollkommen außer Acht. Eine Befreiung kann daher im Ergebnis nicht gewährt werden.

Nachdem auch die Begründung der Ermessensentscheidung im streitgegenständlichen Bescheid keine Ermessensfehler erkennen lässt, ist die Anordnung der Wiederherstellung des Grundstücks als Wiese in Ziffer 1 des Bescheides vom 6. 6. 2014 rechtmäßig.

Was die Art und Weise der Wiederherstellung der Wiese nach Ziffer 2 des streitgegenständlichen Bescheides angeht, so ist zunächst festzuhalten, dass die Stadt Erlangen aufgrund des Hinweises des Gerichts in der mündlichen Verhandlung dessen Ziffer 2.5 aufgehoben hat. Damit war diese Ziffer nicht mehr streitgegenständlich. Die übrigen Bestimmungen stützen sich ebenfalls auf § 6 Abs. 1 Satz 1 LSchVO und stehen grundsätzlich im Ermessen der Beklagten, die festzulegen hat, was zur Wiederherstellung der Fläche als Wiese notwendig ist. Konkrete Ermessensfehler sind diesbezüglich weder vorgetragen noch ersichtlich mit der Folge, dass Ziffer 2 des Bescheides vom 6. 6. 2014, soweit er noch aufrechterhalten bleibt, rechtmäßig ist.

...

BUCHBESPRECHUNGEN

DOI: 10.1007/s10357-016-3046-3

Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV) 2015

von Ralph Fährnrich und Hatto Mattes, 1. Aufl. 2015, Erich Schmidt Verlag, Berlin, 266 Seiten, 29,90 €

In der betrieblichen Praxis ist die Betriebssicherheitsverordnung von herausragender Bedeutung. Es gibt kaum einen Betrieb, der den Vorschriften der Verordnung nicht unterliegt. Die Verordnung regelt zum einen die Verwendung von Arbeitsmitteln und die dabei einzuhaltenden Sicherheitsanforderungen sowie den Betrieb überwachungsbedürftiger Anlagen die in Anhang 2 der Verordnung genannt sind) Aufzugsanlagen, Anlagen in explosionsgefährdeten Bereichen, Druckanlagen, Krane, Flüssiggasanlagen, maschinentechnische Arbeitsmittel der Veranstaltungstechnik). Dieser Anlagen muss der Arbeitgeber vor Inbetriebnahme bestimmten Prüfungen unterziehen. Ferner sind die Anlagen wiederkehrend auf ihren sicheren Zustand hin zu überprüfen. Die Ziele der BetrSichV liegen in einer Verbes-

serung des Arbeitsschutzes bei der Verwendung von Arbeitsmitteln durch Beschäftigte und im Schutz Dritter beim Betrieb überwachungsbedürftiger Anlagen.

Das zu besprechende Buch enthält den Text der zum 1. 6. 2015 in Kraft getretenen neuen BetrSichV und zwar einschließlich der Änderung vom 13. 7. 2015 sowie seiner drei Anhänge. Den Paragraphen und teilweise auch Abschnitten aus den Anhängen haben die Autoren Erläuterungen angefügt, in denen vor allem ein Bezug zur alten BetrSichV 2002 hergestellt wird und in denen bestimmte Grundbegriffe der Verordnung wie „Verwendung“, „Arbeitgeber“, „Gefährdungsbeurteilung“ usw. erläutert werden. Wichtige Schlagworte werden in den Erläuterungen im Fettdruck hervorgehoben, was die Navigation durch das Buch, das kein Stichwortverzeichnis enthält, erleichtert. Eine vollständige Kommentierung der Verordnung kann der Nutzer des Buches also nicht erwarten. So werden weder die zur Verordnung ergangene Rechtsprechung noch weiterführende Literatur zitiert.

Ab Seite 140 wird die Begründung der Bundesregierung für den Verordnungsentwurf vom 28. 8. 2014 aus der Bundesratsdrucksache 400/14 abgedruckt, wobei dem jeweiligen Begründungsabschnitt nochmals der Text des jeweiligen Paragraphen oder Absatzes vorangestellt wurde.

Wer häufig mit der BetrSichV zu tun hat oder wem erste erläuternde Anmerkungen genügen, der ist mit dem Buch in handlichem Format gut bedient.

Prof. Dr. jur. Hans-Jürgen Muggenborg
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht
Aachen, Deutschland